

nach  
assen  
chen-  
owas-  
elfris-  
asser  
ließt.  
itung  
asser  
oren  
rwal-

tung, wie zu hören war, keinen Anklang. Am 18. Februar soll darüber öffentlich im Gemeinderat debattiert werden.

Die Häuser im Brandfeld waren im Mai und Juni vergangenen Jahres vom Hochwasser heimgesucht worden. Im Juni hatte der Starkregen auch in den Benzenäckern in Sielmingen für überschwemmte Keller gesorgt. Dort wurden bereits erste Maßnahmen, wie der Bau von Rinnen und zu-

vor, die Felder vor den Haus-  
Fließrichtung des Wassers zu beackern, räumte aber ein, dass es dazu eines Flurtausches bedürfe. Richard Briem (FW) sprach sich für die Förderung des Baus von Zisternen aus. Damit würden Bürger belohnt, die einen Beitrag zur Entlastung bei Starkregen leisten würden. „Das wäre bei einem richtigen Starkregenereignis aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagte Tiefbauamtsleiter Norbert Branz.

stellte Starkregenkarte war bereits vor den Unwettern in Auftrag gegeben worden. Dass sie nun öffentlich gemacht wurde, ist ebenfalls ein guter Schritt. Inkonsequent ist dann aber, dass die daraus zu ziehenden Konsequenzen nicht in derselben Sitzung öffentlich besprochen werden. Schützenswerte Interessen dürften in diesem Fall nicht berührt sein. Warum versteckt sich die Stadt mit so einem wichtigen Thema?

en  
-  
hri-  
sch-  
as-  
am  
n  
che  
-  
en,  
nge-  
nen-  
en  
m  
hten  
Doch  
erten  
en in  
den  
ni-  
ren  
auch  
e  
weib-  
a,  
ihren  
m  
g,  
oti-  
n-  
rs-  
eiden  
d  
ere  
hat-  
r  
ar  
g-

nung: so waren die jungen Damen überrascht, wie grün es hier in Baden-Württemberg ist, sie hatten sich Deutschland eher grau und mit Industrieanlagen zugepflastert vorgestellt. Und wir waren tief beeindruckt von ihrem festen Willen und ihrer Energie, das Leben in Ugandas Dörfern nachhaltig zu verbessern. Und ganz nebenbei wurde daraus eine Erfolgsgeschichte, wie ein Gegenbesuch im vergangenen Jahr zeigte. Also bitte, statt Millionen in Rüstung zu investieren, sollte in junge Menschen wie Francis Kidaga investiert werden, damit sie in ihrer Heimat neue Projekte für ein auskömmliches Leben auf ihre Weise umsetzen können. Das wäre ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

**Sabine Seebacher, Leinfelden**

## Extrem unglaublich

**Zum Bericht „Anwohner gehen mit Petition gegen Wohnungsbau vor“ vom 22. Januar:**

Das überaus fragwürdige Bauprojekt am Grünen Weg/Fürschelweg erregt nach wie vor die Gemüter in L.-E.. Nun wurde dazu eine Petition an den Gemeinderat gestartet. Diese wendet sich „Gegen Vorteilsnahme und Ungleichbehandlung bei der Baulandentwicklung“. Diese richtet sich aber nicht gegen Wohnungsbau selbst, wie es die Überschrift des Zeitungsartikels vermuten lässt. Denn die Stadtverwaltung behauptet nach wie vor, dass hier niemand ungleich behandelt würde. Selbstverständlich ist es jedoch ein großer Unterschied, ob Eigentümer ihr Grundstück zu definiertem Preis an die Stadt verkaufen und dann im Gegenzug ein Vorkaufsrecht für eine etwa gleich große Fläche erhalten, die sie dann nach Erschließung zum Preis des Bodenrichtwerts von der Stadt zurückerwerben können. Die Planung und Ausführung dieses Projekts selbst liegt

dann per se umfänglich bei der Stadt. Bei der Baulandentwicklung zwischen Fürschelweg und Grüner Weg verzichtet die Stadt jedoch auf das Zwischenerwerbsmodell. Sie gab damit auch die Initiative und freie Ausübung der Planung für das gesamte Vorhaben aus der Hand. Eine vorbehaltlose Planung zum eigentlichen Zwecke der Schaffung von günstigem Wohnraum, mit dem dieses ganze Vorhaben von der Stadt tituliert wird, ist dadurch unmöglich. Die Stadt erhält von Beginn an nur noch die Flächen, welche nach großzügiger Planung des Einfamilienhauses und Spekulationsfläche auf etwa 50 Prozent der Ackerfläche übrig bleiben. Sie muss daher auf die verbleibende Fläche, etwas mehr als 50 Prozent der gesamten Ackerfläche, dann zehn Reihenhäuschen zwingen. Daraus folgt zwangsläufig eine miserable Zufahrts- und Parkplatzsituation. Der Flächenverbrauch für dieses großzügige, private Bauvorhaben wird dann auch noch mit § 13b BauGB gerechtfertigt. Die Stadt stellt am Ende das als „Baulandentwicklung zur Schaffung günstigen Wohnraums“ dar. Dies ist extrem unglaublich. Man fragt sich, warum lässt sich die Stadt auf diesen Deal ein?

**Joachim Regel, Musberg**

## Geld kann man nicht essen

**Zum selben Bericht:**

Das für die Bebauung vorgesehene Gebiet ist im Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Das würde auch so bleiben, wenn die Stadtverwaltung die Bauanfrage eines renommierten Grundstücksbesitzers abgelehnt hätte oder die Gemeinderatsfraktion der Grünen ihrem ökologischen Credo treu geblieben wäre. Nun aber wurden noch schnell ein paar Häuser dazu geplant und im Schnellverfahren via

§13b BauGB ein Bebauungsplan aus dem Ärmel gezaubert ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, ohne Suche nach Alternativen und ohne Schaffung eines ökologischen Ausgleichs. Damit haben die Grünen ein Stück Glaubwürdigkeit verloren, und der Flächenfraß geht ungebremst weiter. An Begründungen fehlt es nicht. Heute sind es Wohnungen, morgen Straßen, dann wieder Arbeitsplätze, Sportplätze, Migranten oder der demografische Wandel. Die Kommunen wollen wachsen und die Parteien gewählt werden. Wann hört dieser Wachstumswahn auf? Die Antwort stammt von einer untergegangenen, von der westlichen Denkweise vernichteten Kultur: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann“ (Weissagung der Cree).

**Hans Hilber und Ursula Friedrichs, Leinfelden**

## Gemeinsames Leitungsteam

**Zum Bericht „Mehr Zeit für die Erziehungsarbeit in den Kitas“ vom 26. Januar:**

Im Artikel steht fälschlicherweise, dass ich die Leiterin der neuen zentralen Kita-Geschäftsstelle des Evangelischen Kirchenbezirks Bernhausen wäre. Richtig ist, dass wir bewusst ein Leitungsteam gebildet haben. Meine Kollegin Sabine Rettinghaus verantwortet als Verwaltungsleiterin den Bereich Organisation, Betrieb und Finanzmanagement. Ich bin als pädagogische Leitung verantwortlich für die inhaltliche Arbeit in den Kitas und das Qualitätsmanagement. Im großen Auftaktgottesdienst zur neuen Bezirkskindergartenträgerschaft am 22. Januar sind wir in unsere gemeinsame Arbeit eingesetzt worden.

**Birgit Eißler, Sielmingen**

Mittwoch, 30. Januar 2019

Blick in die Nachbarschaft